

## Wirtschaftsbericht Ukraine 2007

**Wodurch wird das Wachstum getragen?**

**Welchen Herausforderungen müssen sich Geld- und Fiskalpolitik stellen?**

**Warum ist ein verbessertes Geschäftsumfeld so wichtig für die langfristige Nachhaltigkeit des Wachstums?**

**Was bremst die "schöpferische Zerstörung" in der Ukraine?**

**Wie verhält sich die Regulierungslast in der Ukraine zu der in den OECD-Ländern?**

**Warum sind die Stärkung des Wettbewerbs und weitere Privatisierungen so wichtige Prioritäten für die Ukraine?**

**Für weitere Informationen**

**For further reading**

**Where to contact us?**

**Observer** oecd

### Zusammenfassung

2000-2006 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) durchschnittlich um beeindruckende 7,4 Prozent. Die Wirtschaft erholte sich von der tiefen Transformationskrise in den 1990er Jahren. Der Aufschwung wurde vor allem von der Verbesserung der *Terms-of-Trade*, einem kräftigen Anstieg der Investitionen und dem stark expandierenden privaten Konsum angetrieben. Allerdings handelt es sich hier nicht nur einfach um eine Erholung nach einer Krise, die durch das günstige äußere Umfeld getragen wurde. Die volkswirtschaftliche Stabilisierung und die Strukturpolitiken Ende der 1990er Jahre legten den Grundstein zu dem gegenwärtigen Wachstum, indem sie Unternehmen zwangen, Budgetbeschränkungen zu beachten und schliesslich die schöpferische Zerstörung auslösten, die laut Schumpeter die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. Wie zahlreiche andere GUS-Staaten hinkt die Ukraine den fortschrittlicheren mitteleuropäischen Transformationsländern bei marktwirtschaftlich orientierten Reformen nach, da die Regierungen sich öfter darauf konzentrierten, den Strukturwandel zu behindern, als ihn zu fördern. Aus diesem Grund muss noch einiges unternommen werden, um die Nachhaltigkeit des starken Wachstums zu gewährleisten. Der Bericht weist darauf hin, was die Ukraine unternehmen kann, um Markteintritt und Wettbewerb zu erleichtern und so die Dynamik und Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu verbessern. Der potenzielle Nutzen solcher Reformen ist insbesondere deshalb bedeutend, da sie sich gegenseitig ergänzen. In erster Linie sind hier Regulierungsreformen, Förderung des Wettbewerbs und Privatisierung zu nennen. Auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln spielt eine wichtige Rolle, vor allem im Hinblick auf die erforderliche Steigerung der privaten Investitionsquoten. Obwohl die ukrainische Volkswirtschaft weiterhin stark expandiert und noch viel aufzuholen hat, wird die Lösung dieser Probleme immer dringender, da zahlreiche Faktoren, die das Wachstum seit 1999 tragen, bereits erschöpft sind oder in Kürze erschöpft sein werden. ■

Dieser Policy Brief stellt die Zusammenfassung des OECD-Wirtschaftsberichts Ukraine 2007 vor. Der Prüfungsausschuss für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen, der sich aus den 30 Mitgliedsländern und der Europäischen Kommission zusammensetzt, hat diesen Bericht geprüft. Ausgangspunkt für den Bericht war ein von der Hauptabteilung Wirtschaft vorgelegter Entwurf, der nach den Diskussionen im Ausschuss überarbeitet wurde. Der Bericht wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD herausgegeben.

## Wodurch wird das Wachstum getragen?

Als die Ukraine nach einer zehnjährigen Rezession 1999 erstmals wieder Wachstum verzeichnete, profitierte das Land von einer ausgeprägten Abwertung des Hryvnia und hohen unausgelasteten Kapazitäten. Zu dieser Zeit war Energie für die Ukraine auch relativ billig. Das Wachstum betraf alle Branchen, wobei die Dienstleistungen den höchsten Beitrag leisteten. Von 2001 bis 2006 stieg der Anteil der Dienstleistungen am Gesamtmehrwert um stolze 8,5 Prozentpunkte. Nachfrageseitig wird das Wachstum seit 2001 hauptsächlich vom boomenden privaten Konsum getragen, obwohl die Investitionen ebenfalls einen beträchtlichen Beitrag leisten. Der steil steigende Verbrauch der Privathaushalte wurde von nicht minder steilen Lohn- und Gehaltserhöhungen, höheren Sozialleistungen und explodierenden Verbraucherkrediten (Darstellung 1) gefördert. Die meisten Haushalte erfreuen sich steigender Einkommen. Sowohl Arbeitslosigkeit als auch Armut nehmen seit 1999 drastisch ab. Die steigende Nachfrage wurde 2002-2006 von einer insgesamt 17-prozentigen Verbesserung der *Terms-of-Trade* unterstützt, die in erster Linie das Ergebnis des steilen Anstiegs der Metallpreise auf dem Weltmarkt ist. Rund 40 Prozent der ukrainischen Exporte entfallen auf Metalle. 2006 konnte die Metallpreisentwicklung sogar die Verdoppelung der russischen Erdgaspreise wettmachen.

Trotz der hohen Produktivitätssteigerungen im verarbeitenden Gewerbe und stetig steigender *Terms-of-Trade* ging der Handelsüberschuss aus Nichtmineralien in den letzten Jahren stark zurück. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass der anfängliche Trend in den ersten Jahren nach der Krise, in denen die Produktivität schneller zunahm als die Löhne, inzwischen umgekehrt ist, seitdem haben Lohnerhöhungen die Produktivitätssteigerung längst eingeholt. Es zeigt sich auch, dass die ukrainischen Hersteller in Märkten außerhalb der GUS in Bezug auf Qualität kaum wettbewerbsfähig sind. In den kommenden Jahren wird die Wettbewerbsfähigkeit im Export zudem durch weitere Erhöhungen des Erdgaspreises belastet werden. Die Frage der Gaspreise ist besonders heikel, da die Ukraine nur in einem schmalen Güterspektrum relative Wettbewerbsvorteile besitzt und diese gerade in energieintensiven Industriezweigen konzentriert sind. ■

## Welchen Herausforderungen müssen sich Geld- und Fiskalpolitik stellen?

Die seit 1999 praktizierte Budgetdisziplin der öffentlichen Haushalte ermöglichte der ukrainischen Regierung, Schulden und Defizite in den Griff zu bekommen, wodurch sie sowohl Vertrauen aufbaute als auch das Wachstum förderte. Die Steuerlast steigt jedoch seit 2003 unentwegt und kann heute wohl als überzogen bezeichnet werden. Eine bedeutende und vor allem konsumorientierte fiskalpolitische Schwerpunktverlagerung in den Jahren 2004 und 2005 erhöhte das öffentliche Ausgaben/BIP-Verhältnis auf 43 Prozent vor allem durch die beinahe Verdreifachung der realen Basisrenten. Heute beträgt der Anteil der staatlichen Renten am ukrainischen BIP mehr als 14 Prozent. Es gibt derzeit nur wenige Länder auf der Welt, die einen höheren Anteil verzeichnen. Vor dem Hintergrund der derzeitigen demografischen Entwicklung dürfte es unmöglich sein, die Nachhaltigkeit dieses Rentensystems zu gewährleisten, es sei denn das gegenwärtig niedrige Rentenalter würde heraufgesetzt. Die hohen Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung begrenzen auch die Möglichkeit, die außergewöhnlich hohe Lohnsteuer zu senken, die starke Anreize schafft, nur einen Teil der wirklichen Löhne und Gehälter bei der Steuerverwaltung anzugeben. Der wachstumshemmende Effekt der ukrainischen Steuerlast wird noch dazu durch die Verzerrungen der Steuerstruktur verstärkt. Trotz klarer Fortschritte bei der Vereinfachung der Körperschafts- und Einkommenssteuern und der Senkung von Steuerfreibeträgen gibt es noch reichlich Spielraum für die Verbesserung der Steuerverwaltung, die Gestaltung des Steuersystems und die Ausweitung der Bemessungsgrundlage. Besonders problematisch sind

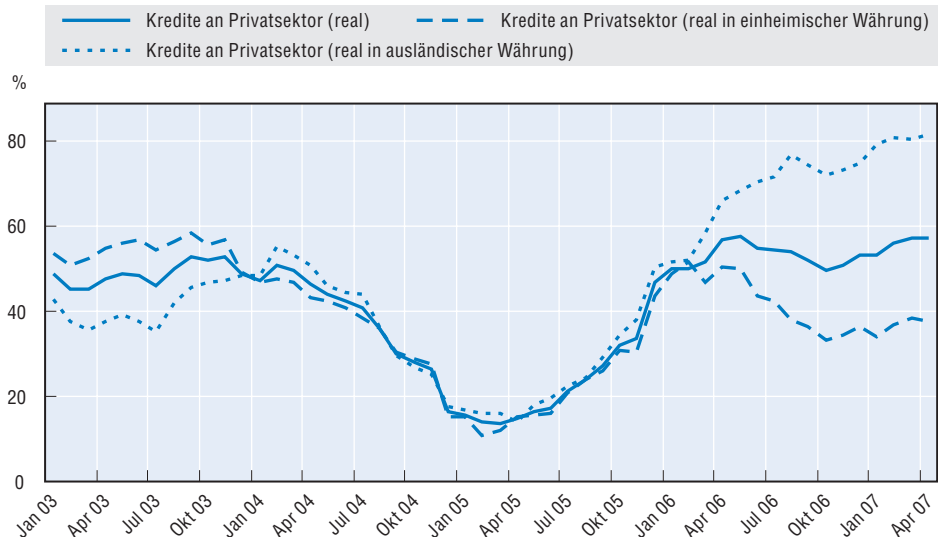
die Verzerrungen, die durch die großzügige Anwendung von Pauschalierungsmöglichkeiten im Steuersystem entstanden sind.

Eckstein der ukrainischen Geldpolitik ist de facto die nominale Kopplung an den US-Dollar. Der Währungsanker führte zwar nach der Finanzkrise im Jahr 1998 zu einer makroökonomischen Stabilisierung, trägt heute allerdings zur Volatilität der Inflation und der sehr riskanten Dollarisierung des Vermögens und der Verbindlichkeiten von Haushalten und Unternehmen bei. Das gegenwärtige Wechselkursystem und die attraktiveren Zinsen der Darlehen in ausländischen Währungen stellen einen besonders starken Anreiz dar, Dollarkredite aufzunehmen (Abbildung 1). Frei fluktuierende Wechselkurse würden den Marktteilnehmern das Wechselkursrisiko bewusst machen und so helfen, die Dollarisierung zu reduzieren. Eine höhere Flexibilität der Wechselkurse könnte auch der erste Schritt in Richtung einer auf einem Inflationsziel aufbauenden Politik sein. Der Übergang zu einem neuen geldpolitischen System muss notgedrungen stufenweise verlaufen, da die Finanzmärkte unterentwickelt, die relative Monetisierung niedrig und der Zinskanal dementsprechend schwach sind. Nichtsdestotrotz könnten die Behörden beginnen, den relative stark wirkenden Wechselkurskanal stärker einzusetzen, um die Inflation und ihre Volatilität zu senken. Die gegenwärtigen makroökonomischen Bedingungen scheinen eine solche Änderung zu begünstigen. ■

**Warum ist ein verbessertes Geschäftsumfeld so wichtig für die langfristige Nachhaltigkeit des Wachstums?**

Die Wirtschaft hat beträchtlich an Schwung gewonnen und hat auch wachstumsmäßig noch viel aufzuholen. Einige der Faktoren, auf denen das in der jüngsten Vergangenheit verzeichnete Wachstum beruht, werden allerdings nicht anhalten: Die *Terms-of-Trade* dürften sich bereits dieses Jahr verschlechtern. Die Energiepreise werden weiter steigen. Die Zeit der „einfachen“ Produktivitätssteigerung durch Arbeitsplatzabbau und verbesserte Auslastung ist zu Ende. Die Verbraucherkredite werden bald langsamer zunehmen müssen. Wenn die Ukraine das Wirtschaftswachstum mittel- bis langfristig aufrechterhalten will, muss sie ein selbsttragendes Wachstum fördern, das von Investitionen und Innovation angetrieben wird. Neben einer verbesserten Kapitalausstattung und einer effizienteren Ressourcenverteilung setzt die

**Abbildung 1.**  
**REALES KREDITWACHSTUM**  
**(Jahreswachstumrate)**



Quelle: Ukrainische Nationalbank.

Umsetzung dieses Zieles die Aufrechterhaltung eines robusten Wachstums der Gesamtfaktorproduktivität (GFP) voraus, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Produktionsfaktoren intensiver genutzt werden. Hauptgrund für mangelnde Kapitalausstattung und Investitionseffizienz sind die schlechten Rahmenbedingungen für Unternehmen. Hohe rechtliche, regulative und politische Ungewissheiten machen jedes langfristige unternehmerische Projekt sehr riskant. Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit der staatlichen Maßnahmen sind in vielen Fällen auf mangelnde Transparenz zurückzuführen, die wiederum die Korruption fördert und die Eigentumsrechte untergräbt. Die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und die Stärkung des Rechtsstaates stehen weiterhin an erster Stelle der Prioritätenliste. Die weitere Deregulierung könnte auch viel dazu beitragen, Gelegenheiten für Korruption und bürokratische Willkür zu reduzieren. In vielen Fällen benötigt die Ukraine allerdings bessere Gesetze statt einfach nur weniger Gesetze. ■

### Was bremst die “schöpferische Zerstörung” in der Ukraine?

Die Steigerung der Produktivität und Innovation erfordert zudem eine tiefgehende Reform der Produktmärkte. Nur sie ermöglicht der “schöpferischen Zerstörung”, ihre Wirkung voll zu entfalten. Da die Restrukturierung großer Staatsbetriebe schwierig und langwierig ist, setzen die erfolgreichen Transformationsländer auf den Eintritt neuer Marktteilnehmer und den Aufbau neuer Aktivitäten als Antrieb des Wandels. In der Ukraine haben neue Marktteilnehmer jedoch weiterhin hohe Hürden zu überwinden. Die Wirtschaft wird immer noch von der energieintensiven Schwerindustrie dominiert, da der dringend nötige Strukturwandel bislang eher behindert als gefördert wurde. Eine empirische Analyse der Unternehmensgründungen und Betriebsschließungen bestätigt den Eindruck, dass die Ukraine ein besonderes Problem mit Marktsaustritten hat.

- Im Vergleich zu den OECD-Zahlen ist der allgemeine Unternehmens-Turnover im verarbeitenden Gewerbe (Neugründungen und Schließungen) relativ niedrig, obwohl die Neugründungen nach 1995 steil anstiegen. Die Zahl der Betriebsschließungen bleibt allerdings sehr niedrig und scheint für den Großteil der Differenz zwischen den Quoten der OECD-Länder und der Ukraine verantwortlich zu sein.
- Neugründungen sind in der Ukraine bedeutend produktiver als bereits bestehende Unternehmen. Im Zeitraum 1992–2005 betrug der Unterschied im Durchschnitt 40 Prozent. Neugründungen scheinen sich der schwierigen Bedingungen stärker bewusst zu sein. Sie müssen außergewöhnlich effizient sein, um eine Überlebens- und Wachstumschance zu haben.
- Die Korrelation zwischen Produktivität und Überleben scheint in der Ukraine außerordentlich niedrig zu sein, deshalb führt mangelnde Produktivität auch nicht unbedingt zur Schließung eines Betriebs. Neugründungen, die aus dem Markt austreten, verzeichnen in der Regel eine weitaus höhere Produktivität als die weiter überlebenden privatisierten Gesellschaften und Staatsbetriebe.

Die niedrige Korrelation zwischen Produktivität und Überleben ist größtenteils auf das breite Spektrum aus expliziten und impliziten Subventionen zurückzuführen, von denen bestimmte Branchen und Unternehmen profitieren. Sie sind zwar nicht „alteingesessenen“ Firmen vorbehalten, ermöglichen jedoch Unternehmen mit schlechten Ergebnissen viel länger zu überleben, als es ihnen aus eigener Kraft gelungen wäre. Die Unterstützung zahlreicher Staatsbetriebe stellt ein weiteres Problem dar: Den offiziellen Zahlen nach lagen Ende 2005 noch rund 48 Prozent des ukrainischen Kapitals in staatlicher oder kommunaler Hand. 10 bis 11 Prozent sind halbstaatliche Betriebe. Die Größe des staatlichen Sektors

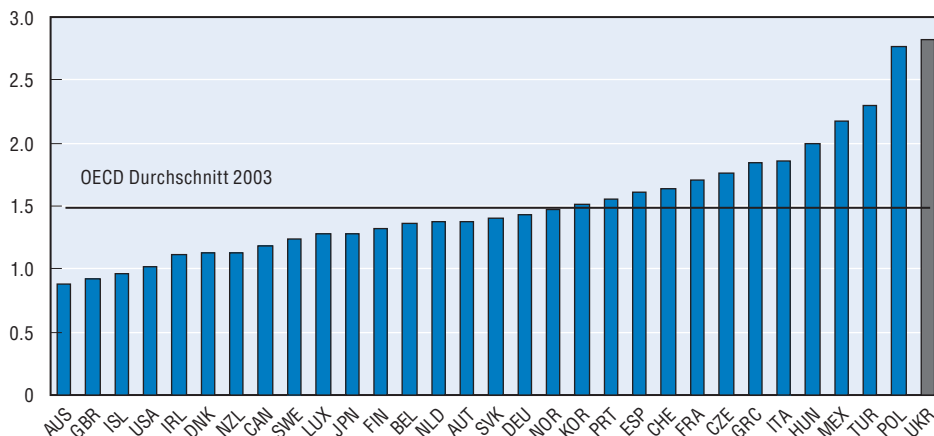
behindert sowohl die Schließung als auch die Restrukturierung der bestehenden Unternehmen. Die verfügbaren Ressourcen werden zum Großteil von ineffizienten staatlichen und halbstaatlichen Betrieben in Anspruch genommen, die oft auch offizielle und inoffizielle wettbewerbsverzerrende Privilegien genießen und so den Eintritt neuer Marktteilnehmer behindern. Schließlich ist die Corporate Governance der meisten Staatsbetriebe so undurchsichtig, dass sie ein Paradies für interne und externe Elemente sind, die sich ökonomischen Renten sichern wollen. ■

**Wie verhält sich die Regulierungslast in der Ukraine zu der in den OECD-Ländern?**

In der Ukraine und auch in anderen Staaten werden Neugründungen, Schließungen und Umverteilungen von der Ressourcen oft durch übertriebene und schlecht angewandte Gesetze und Vorschriften behindert. Eine systematische Bewertung der Produktmarktregulierung (PMR) in der Ukraine auf der Grundlage der OECD Indikatoren unterstreicht den potenziellen Beitrag, den eine wettbewerbsfördernde Gesetzesreform zum wirtschaftlichen Ergebnis leisten könnte.

- 2003 waren ukrainische Produktmärkte stärker gesetzlich geregelt als in anderen OECD-Ländern (Abbildung 2). Die Ukraine erzielt zwar bei einigen der sechzehn individuellen PMR-Indikatoren gute Noten, vor allem in den Bereichen, in denen in jüngster Vergangenheit Reformen durchgeführt wurden, doch sind die drei Hauptkomponenten des Gesamtindikators - staatliche Aufsicht, unternehmerische Schranken und Handels- und Investitionsschranken – viel stärker reguliert als im OECD-Durchschnitt.
- Insgesamt sind die Schranken, die das Wachstum der Unternehmen bremsen, höher als die Hemmnisse, die den Markteintritt erschweren. Obwohl der Markteintritt in den letzten Jahren maßgeblich erleichtert wurde, erschweren die bestehenden Gesetze weiterhin das Wachstum von Unternehmen aller Größen. Die exzessiven Genehmigungs- und Zulassungsverfahren und die erstaunlich vielfältigen Gesetze und Vorschriften zu Eigentumsregistrierung und Vertragsabschlüssen scheinen keine erkennbaren Ziele zu verfolgen, kosten aber Zeit und Geld.
- Die Gestaltung der Regulierungsvorschriften scheint in vielen Beziehungen genauso problematisch zu sein wie ihr Inhalt. Bei Indikatoren, die sich auf die Formulierung der Regulierungspolitik und die effektive Kommunikation mit

**Abbildung 2.**  
**PRODUKT-**  
**MARKTREGULIERUNGS-**  
**GESAMTINDIKATOR**

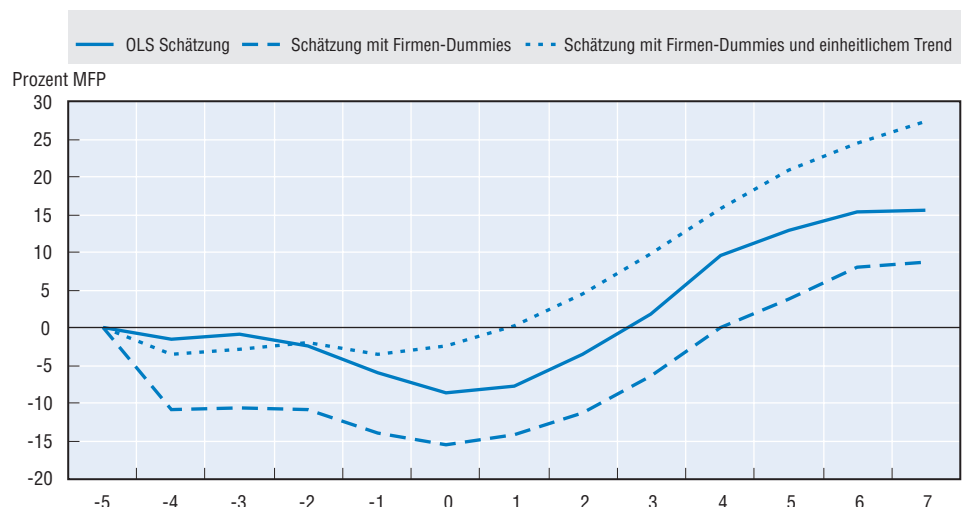


Quelle: OECD.

Unternehmen beziehen, schneidet die Ukraine ziemlich schlecht ab. Diese Tatsache spiegelt u. A. die mangelnde Klarheit wider, mit der die einzelnen Aufgaben des Staates in der Wirtschaft definiert sind, oder die Unfähigkeit, zwischen ihnen so zu unterscheiden, dass unerwünschte Interessenskonflikte ausgeschlossen werden.

Bislang verzeichnet die Ukraine auch enttäuschend niedrige ausländische Direktinvestitionen (ADI): Die Pro-Kopf-ADI betragen 2005 lediglich 372 USD, das heißt gerade 16 Prozent des entsprechenden Wertes im benachbarten Polen, und lagen damit weit unter dem Potenzial des Landes. Die Ukraine zeichnet sich durch ihr Humankapital und weitere Vorteile aus, die auf den relativ niedrigen Löhnen, der Nähe zu den EU-Märkten und der Größe des Binnenmarktes beruhen. Die institutionellen und regulativen Probleme, die oben identifiziert wurden, scheinen der Hauptgrund für die niedrigen ADI zu sein. Obwohl die Volkswirtschaft in mancher Hinsicht sehr offen ist, deutet der Vergleich der Produktmarktregulierung mit anderen Ländern auf außergewöhnlich hohe gesetzliche Schranken, die den Handel und die Investitionen in der Ukraine behindern. Diese behindern jedoch nicht nur ausländische Unternehmen. Die bedeutendsten Investitionsschranken sind in dem allgemeinen institutionellen und regulativen Rahmen verankert, mit denen *alle* Unternehmen, sowohl ausländische als auch inländische, konfrontiert werden. In Anbetracht des potenziell beträchtlichen positiven Effekts der ADI auf das Wachstum der inländischen Gesamtfaktorproduktivität verpasst die Ukraine hier eine Gelegenheit, die Modernisierung der Industrie zu erleichtern. Maßnahmen zur Behebung institutioneller und gesetzlicher Schwächen könnten sich daher sehr positiv auswirken. Die Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) würde ebenfalls helfen. Die direkten Vorteile einer Aufnahme in die WTO – über Zolländerungen und verbesserten Marktzugang – sind zwar begrenzt, Wohlfahrtsgewinne dürften allerdings durch den Abbau offizieller und inoffizieller ADI-Schranken, die Stärkung der Eigentumsrechte und die Überprüfung der technischen Vorschriften beträchtlich steigen. ■

**Abbildung 3.**  
**AUSWIRKUNG DER**  
**PRIVATISIERUNG**  
**AUF DIE MULTI-**  
**FAKTORPRODUKTIVITÄT**



Quelle: Brown and Earle (2007) für OECD Economic Assessment Ukraine.

## Warum sind die Stärkung des Wettbewerbs und weitere Privatisierungen so wichtige Prioritäten für die Ukraine?

Die Ergebnisse des PMR-Vergleichs deuten darauf hin, dass eine Regulierungsreform die Effizienz der Ressourcenallokation und der Produktion steigern und der Ukraine ermöglichen könnte, zu ihren fortschrittlicheren Nachbarn aufzuschliessen. Der potenzielle Nutzen stärkeren Wettbewerbs ist in der Ukraine wahrscheinlich höher als in den übrigen OECD-Ländern oder in vielen Nachbarstaaten, da der Wettbewerb in den ukrainischen Märkten zwar in den letzten Jahren zugenommen hat, doch insgesamt relativ schwach ist. Die positiven Effekte stärkeren Wettbewerbs wurden mithilfe einer ökonomischen Analyse des Einflusses des Wettbewerbs auf die Arbeitsproduktivität bestätigt. Die Analyse, die auf Unternehmensdaten der Jahre 2000-2005 beruht, führte zu folgenden Erkenntnissen:

- Marktkonzentration hat eine starke negative Auswirkung auf die Arbeitsproduktivitätssteigerung.
- Diese Ergebnisse sind im gesamten verarbeitenden Gewerbe sehr stabil. Die Korrelation scheint höher zu sein, wenn Wettbewerber im Import oder Export getrennt betrachtet werden.
- Bei Marktdienstleistungen ist der Effekt schwächer aber immer noch bedeutend.
- Wettbewerbsdruck durch Importe hat einen positiven Einfluss auf die Produktivität der inländischen Unternehmen. Der Effekt ist stärker im Sektoren mit niedrigem Importanteil, was bedeutet könnte, dass die bisherige Liberalisierung der Importe die inländischen Firmen dazu angehalten hat, ihre Produktivität zu steigern.

Privatunternehmen reagieren im Allgemeinen schneller auf zunehmenden Wettbewerbsdruck als Staatsbetriebe. Ferner bringt die Privatisierung meistens mehr Nutzen, wenn in der Privatwirtschaft freier Wettbewerb herrscht. Die Komplementarität zwischen Wettbewerb und Privatisierung deutet darauf hin, dass wettbewerbsfördernde Reformen größeren Einfluss hätten, wenn gleichzeitig die Bedeutung der Staatsbetriebe in der Wirtschaft reduziert würde. Aus diesem Grund ist das Erlahmen der Privatisierungsdynamik in der Ukraine besonders bedauerlich. Die Mängel der ukrainischen Privatisierungsprozesse sind nicht zu leugnen, sollten jedoch nicht die Aufmerksamkeit von den positiven Auswirkungen der Privatisierung auf die Unternehmensleistung ablenken. Eine Panel-Studie von Unternehmensdaten im verarbeitenden Gewerbe zeigt, dass bei einem Verkauf der Betriebe an inländische Eigentümer die Gesamtfaktorproduktivität in den sieben Jahren nach der Privatisierung je nach Spezifikation um 10 bis 25 Prozent stieg (Abbildung 3). Der Einfluss eines Verkaufs an ausländische Eigentümer scheint sogar noch erheblicher zu sein, obwohl die Ergebnisse wegen der geringeren Anzahl der untersuchten Unternehmen nicht so aussagekräftig sind. Das deutet darauf hin, dass der Beitrag der Privatisierung zum Wachstum der Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in den letzten Jahren bedeutend war. ■

## Für weitere Informationen

Andreas Wörgötter, E-Mail: [andreas.woergoetter@oecd.org](mailto:andreas.woergoetter@oecd.org), Tel: +33 1 4524 87 20 oder  
Christian Gianella, E-Mail: [christian.gianella@oecd.org](mailto:christian.gianella@oecd.org), Tel: +33 1 45 24 83 78 oder  
William Tompson, E-Mail: [william.Tompson@oecd.org](mailto:william.Tompson@oecd.org), Tel: +33 1 45 24 15 76  
Oder besuchen Sie [www.oecd.org/eco/surveys/ukraine](http://www.oecd.org/eco/surveys/ukraine).

### For further reading



**OECD Economic Surveys:** *Economic Surveys* review the economies of member countries and, from time to time, selected non-members. Approximately 18 Surveys are published each year. They are available individually or by subscription. For more information, consult the Periodicals section of the OECD online Bookshop at [www.oecd.org/bookshop](http://www.oecd.org/bookshop).

**Additional Information:** More information about the work of the OECD Economics Department, including information about other publications, data products and Working Papers available for downloading, can be found on the Department's website at [www.oecd.org/eco](http://www.oecd.org/eco).

**Economic Outlook No. 80**, December 2006.  
More information about this publication can be found on the OECD's website at [www.oecd.org/eco/Economic\\_Outlook](http://www.oecd.org/eco/Economic_Outlook).

**Economic Policy Reforms: Going for Growth**, 2007 edition.  
More information about this publication can be found on the OECD's website at [www.oecd.org/growth/goingforgrowth2007](http://www.oecd.org/growth/goingforgrowth2007).

---

OECD publications can be purchased from our online bookshop:  
[www.oecd.org/bookshop](http://www.oecd.org/bookshop)

OECD publications and statistical databases are also available via our online library:  
[www.SourceOECD.org](http://www.SourceOECD.org)

---

### Where to contact us?

#### OECD HEADQUARTERS

2, rue André-Pascal  
75775 PARIS Cedex 16  
Tel.: (33) 01 45 24 81 67  
Fax: (33) 01 45 24 19 50  
E-mail: [sales@oecd.org](mailto:sales@oecd.org)  
Internet: [www.oecd.org](http://www.oecd.org)

#### GERMANY

**OECD Berlin Centre**  
Schumannstrasse 10  
D-10117 BERLIN  
Tel.: (49-30) 288 8353  
Fax: (49-30) 288 83545  
E-mail:  
[berlin.contact@oecd.org](mailto:berlin.contact@oecd.org)  
Internet:  
[www.oecd.org/deutschland](http://www.oecd.org/deutschland)

#### JAPAN

**OECD Tokyo Centre**  
Nippon Press Center Bldg  
2-2-1 Uchisaiwaicho,  
Chiyoda-ku  
TOKYO 100-0011  
Tel.: (81-3) 5532 0021  
Fax: (81-3) 5532 0035  
E-mail: [center@oecd-tokyo.org](mailto:center@oecd-tokyo.org)  
Internet: [www.oecd-tokyo.org](http://www.oecd-tokyo.org)

#### MEXICO

**OECD Mexico Centre**  
Av. Presidente Mazaryk 526  
Colonia: Polanco  
C.P. 11560 MEXICO, D.F.  
Tel.: (00.52.55) 9138 6233  
Fax: (00.52.55) 5280 0480  
E-mail:  
[mexico.contact@oecd.org](mailto:mexico.contact@oecd.org)  
Internet:  
[www.oecd.org/centrodemexico](http://www.oecd.org/centrodemexico)

#### UNITED STATES

**OECD Washington Center**  
2001 L Street N.W., Suite 650  
WASHINGTON DC. 20036-4922  
Tel.: (1-202) 785 6323  
Fax: (1-202) 785 0350  
E-mail:  
[washington.contact@oecd.org](mailto:washington.contact@oecd.org)  
Internet: [www.oecd-wash.org](http://www.oecd-wash.org)  
Toll free: (1-800) 456 6323

The OECD Policy Briefs are prepared by the Public Affairs Division, Public Affairs and Communications Directorate. They are published under the responsibility of the Secretary-General.